

## **PRESSEMITTEILUNG von Andreas Hartenfels, MdL, BSW, 18-09-2024**

### **Vier Forderungen des Bündnisses Sahra Wagenknecht an den Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer**

Im Juli wurde Alexander Schweitzer zum neuen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz gewählt, heute hat er dazu eine Regierungserklärung abgegeben. Mit schönen Worten. Doch wird er, und wird die Landesregierung diesen Worten Taten folgen lassen? Und reichen seine Ideen aus, um Rheinland-Pfalz wirklich voranzubringen?

Sowohl die Mainzer Ampel als auch die Ampel in Berlin regieren seit Jahren an den Bürgern vorbei. Die Interessen der Rheinland-Pfälzer (genau wie der Deutschen insgesamt) werden viel zu wenig berücksichtigt. Viele Menschen wünschen sich mehr Geld für die Pflege und den Gesundheitsbereich, bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten, eine vernünftige Wirtschaftspolitik, mehr Engagement für einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine und eine bessere Ausgestaltung unserer Demokratie. Ein paar Fakten und Zahlen dazu:

#### **Soziale Gerechtigkeit**

Über 14 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut betroffen! Das sind 16,6% der Gesamtbevölkerung. In Rheinland-Pfalz liegt die Armutsquote bei 17,6%. Auf der anderen Seite besaßen die 100 reichsten Bundesbürger 2023 ein Gesamtvermögen von 720 Milliarden Euro! Ihr Reichtum hat sich nach Berechnungen des Manager Magazins demnach in nur 20 Jahren verdoppelt! Müssten alle Leute mit mehr als 4,6 Millionen Euro nur 2 Prozent Vermögensteuer zahlen und Multimilliardäre sich mit 5 Prozent an der Staatskasse beteiligen, kämen in Deutschland laut einer Oxfam-Studie von 2024 jedes Jahr über 85 Milliarden Euro zusammen. Als Ländersteuer würden diese Einnahmen auch Rheinland-Pfalz zugutekommen und könnten entscheidend dazu beitragen, grundlegende Verbesserungen für Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und sozialen Wohnungsbau anzugehen.

#### **Wirtschaftliche Vernunft**

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland ist 2024 verschwindend gering und liegt je nach Einschätzung verschiedener Institute bei 0,1-0,4%. 2023 musste Deutschland sogar einen Rückgang von -0,2% hinnehmen. Für 2025 wird ein Wirtschaftswachstum von rund 1% vorhergesagt. Damit stehen wir im europäischen Vergleich schlecht da. Die IHK Pfalz schreibt dazu: "Der Wirtschaft geht so langsam die Puste aus. Die konjunkturelle Schwächephase, durch die sich die Unternehmen seit einiger Zeit quälen, wird weiterhin von strukturellen Problemen überlagert. (...) Lippenbekenntnisse der Politik und bisherige Entlastungen reichen nicht aus. Es bedarf einer grundsätzlichen und klaren Neuausrichtung der Finanz- und Wirtschaftspolitik." Die Unternehmen in Rheinland-Pfalz fordern u.a. niedrige Investitionskosten, dauerhaft niedrige Energiepreise und weniger Regulierung. Ein sofortiger Stopp der Sanktionen gegenüber Russland und die Wiederaufnahme von wirtschaftlichen Beziehungen wären wichtig für die deutsche Wirtschaft.

## Frieden

“Putin lässt sich nicht an den Verhandlungstisch bomben”, sagt der Leiter der Landauer Friedensakademie Gregor Walter-Drop in einem Interview mit der Rheinpfalz. Und weiter: “Es muss mehr geredet werden, der Gesprächsfaden darf niemals abreißen.” Was tut die Landesregierung für den Frieden in Europa? Sollen wir wirklich zulassen, dass ab 2026 wieder Mittelstreckenraketen in unserem Land stationiert werden, dann wahrscheinlich eben in Rheinland-Pfalz? Die Landesregierung muss sich klar gegen eine solche Stationierung aussprechen. Es ist Zeit für eine Politik der Entspannung und der Verhandlungen.

## Freiheit

Für die Demokratie ist der Austausch von verschiedenen Positionen entscheidend. Keine Meinung sollte verunglimpft werden, solange sie auf den Füßen des Grundgesetzes steht. Seit vielen Jahren erleben wir immer wieder das Gegenteil, bei Corona und aktuell bei der politischen Debatte zum Ukraine-Krieg. Das betrifft Politiker und Medien gleichermaßen. Die *Zeit* schrieb z. B. im Juli 2021: “Eine Diskriminierung von Ungeimpften ist ethisch gerechtfertigt”. Nein, das ist sie nicht! Die demokratische Willensbildung muss gestärkt werden. Das BSW steht für einen vielfältigen, unabhängigen Journalismus statt für Cancel Culture und Konformitätsdruck. Wir brauchen endlich wieder respektvolle Debatten, auch bei uns im Landtag.

Daher stelle ich folgende **4 Forderungen an den Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer** und seine Landesregierung:

1. Einführung bzw. Fortführung der seit 1997 in Deutschland ausgesetzten Vermögensteuer (über eine Initiative im Bundesrat)
2. Beendigung der Sanktionspolitik gegenüber Russland (über eine Initiative im Bundesrat)
3. Eine klare Ablehnung der geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland und Rheinland-Pfalz
4. Konsequenter Einsatz für eine offene und ehrliche Debatte inklusive einer ernstgemeinten Aufarbeitung der Corona-Zeit sowie einer Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Weitere Mitteilungen unter [www.andreas-hartenfels.de](http://www.andreas-hartenfels.de)

Andreas Hartenfels, MdL

fraktionsloser Abgeordneter

Kaiser-Friedrich-Straße 3, 55116 Mainz

[Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de](mailto:Andreas.Hartenfels@abgeordneter.landtag.rlp.de)

**Bündnis Sahra**  
**Wagenknecht**